



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Gemeinde Nottuln am 11.03.2025.

Sitzungsort: Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Arnd Rutenbeck CDU

Ratsmitglieder

Martin Gesmann CDU

Brigitte Kleinschmidt UBG bis einschließlich TOP 5

Richard Mannwald Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Matthias Schiewerling CDU

Martin Seifert CDU

Heinz Siehoff SPD

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Lunau CDU

Mara Schulte Eistrup CDU

Agnes Schürkötter Bündnis 90/Die Grünen

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Manfred Gausebeck SPD für Frau Awerwald

Teilhabebeauftragte/r

Maria Dörndorfer

Vertreter der Kirchen

Carola Ansmann

Karin Lechky-Deilmann

Vertreter der Schulen

Jutta Glanemann

Angelika Wiedau-Gottwald

Heinrich Willenborg

Von der Verwaltung

Michaela Faber

Benedikt Gellenbeck

Stefan Kohaus

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Vorsitzende, Herr Rutenbeck, begrüßt die Anwesenden.

Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bildung und Soziales fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Offene Grundschulen

Herr Rutenbeck weist im Rahmen der Gestaltung der offenen Ganztagschule in Bezug auf den Orientierungsrahmen auf die weiteren Ortstermine hin:

Do. 13.03.2025, 14.00 Uhr Sebastian Grundschule, Darup

Do. 20.03.2025, 14.00 Uhr St. Martinus Grundschule, Nottuln

Longinushöfe

Herr Kohaus informiert, dass im morgigen Ausschuss für Umwelt und Mobilität unter anderem das Thema der ÖPNV-Anbindung beraten wird.

3	Anregung gemäß § 24 GO NW – Treffpunkt für Jugendliche Vorlage: 021/2025
----------	---

Herr Rutenbeck begrüßt die anwesenden Jugendlichen des Beteiligungsprojektes „Jugend ent-

scheidet“ und gibt im Anschluss das Wort an Herrn Rulle, Vorsitzender des Ausschusses Planen und Bauen.

Herr Rulle entschuldigt sich bei den Jugendlichen in aller Form für den unglücklichen zeitlichen Ablauf der Sitzung des Ausschusses Bauen und Planen in der vergangenen Woche und die daraus resultierende unangenehme lange Wartezeit für die projektbeteiligten Jugendlichen. Er teilt mit, dass zukünftig nichtöffentliche Sitzungsteile ans Ende gestellt würden, damit vergleichliches vermieden werde.

In diesem Zusammenhang übermittelt Herr Rutenbeck den Jugendlichen Grüße von Bürgermeister Dr. Thönnies und überreicht in seinem Namen, als Wiedergutmachung, einen nicht aus Steuermitteln finanzierten Gutschein, der für ein Pizzaessen genutzt werden kann.

Im Anschluss stellen sich acht Jugendliche namentlich vor und erläutern im Einzelnen Beweggründe und die Idee zur Anschaffung und Ausstattung eines Containers als Treffpunkt für Jugendliche der Gemeinde anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Fragen der Ausschussmitglieder zum angedachten Standort, zur Containergröße, Schlüsselverwaltung, Versorgung, Freifunk usw. werden von den Jugendlichen und Mentorinnen nach derzeitigem Stand des Projektes beantwortet.

Parteiübergreifend wird die Idee und das Engagement der Jugendlichen gelobt.

Beschluss:

Durch die Gemeinde Nottuln soll ein Container erworben werden, der von Jugendlichen im Rahmen einer selbstorganisierten Jugendarbeit genutzt und bewirtschaftet wird. Hierbei soll vor allem berücksichtigt werden, dass sowohl die Anschaffung eines gebrauchten (oder neuen) Containers, als auch die Festlegung eines geeigneten Standortes in enger Abstimmung zwischen Verwaltung und den Jugendlichen erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4	Bürgerantrag vom 12.2.2025 zur Einführung von Projektwochen zum Thema Klimaschutz an Schulen Vorlage: 035/2025
----------	---

Herr Rutenbeck macht auf die Abgrenzung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten aufmerksam. Zu inneren Schulangelegenheiten, die im pädagogischen Verantwortungsbereich der Schulen liegen, ist der Schulträger den Schulen gegenüber nicht weisungsbefugt.

Die Jugendlichen der Projektgruppe stellen sich namentlich vor. Anschließend erläutern Sie anhand einer kurzen PowerPoint-Präsentation ihre Anregung zur Einführung von Projektwochen zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen zum Thema Klimaschutz in Schulen. Erste Ideen, wie zum Beispiel das Fertigen von Seedballs, Müllsammelaktionen, Ausweitung von Tauschbörse und Flohmarkt und das Upcycling von gebrauchten Materialien werden angesprochen.

Im Anschluss erfolgt ein reger Austausch zwischen Ausschussmitgliedern und Projektteilnehmerinnen, in dem Anregungen gegeben und verschiedene denkbare Varianten aufgezeigt werden. Auch wird von Seiten der Ausschussmitglieder auf bereits in der Vergangenheit durchgeführte Umweltaktionen in Kindergärten, Schulen und von sonstigen Akteuren (zum Beispiel den Vereinen) hingewiesen.

Im Verlauf des Austausches kristallisiert sich heraus, dass die Projektgruppe sich eine Initiierung von Seiten der Schule wünscht, damit alle Schüler:innen verpflichtet sind, an der Aktion teilzunehmen. Von Seiten der Schulen hingegen wird ein Aufruf zur Klimaschutzwoche mit vielen verschiedenen Aktivitäten durch die Gemeinde als Klimaschutzkommune favorisiert, damit über die Schulen hinaus eine größere Bandbreite von Akteuren zum Mitmachen angesprochen wird. Ein weiterer Gedanke wäre eine Mischform von beiden.

Parteiübergreifend wird der Einsatz der Jugendlichen begrüßt und gelobt.

Beschluss:

Die Nottulner Schulen werden gebeten, in ihren Gremien mit der Projektgruppe die Einführung von Aktionen (oder einem Projekttag oder einer Projektwoche) zum Thema Klimaschutz zu beraten.

Die Gemeindeverwaltung wird gebeten, mit der Projektgruppe zu prüfen, ob eine Aktion für Kinder und Jugendliche zum Klimaschutz geplant werden kann.

Die Politik wird die Umsetzung auch finanziell unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5	Sozialdaten 2015 - 2024 Vorlage: 016/2025
----------	--

Herr Gellenbeck erläutert im Einzelnen die in der Vorlage dargestellten Sozialdaten. Insbesondere geht er auf die steigende Entwicklung der Fallzahlen im SGB II wie auch im SGB XII ein, die Senkung der Bedeutung der Plus-Jobs mangels vorhandener Maßnahmeträger, den dramatischen Trend der Obdachlosenzahlen verbunden mit der Überlastung des Wohnungsmarktes, die Steigerung der Wohngeldanträge, u.a. ausgelöst durch die Entwicklung der Energiekosten und Anhebung der Wohngeldgrenzen, sowie die steigenden Betriebskostenzuschüsse und Elternbeiträge im Kindertagesstättenbereich resultierend aus der steigenden Platzzahl sowie Beitragstabelle ein.

Bei dem Punkt „Gemeindliche Unterbringung in Notunterkünften“ weist er darauf hin, dass es auf Seite 7 der Vorlage „Belegung Josefshaus, Seppenrade/**Tennishalle**“ hätte heißen müssen.

Unter Verweis auf die derzeit 128 in den Notunterkünften untergebrachten Personen informiert er, dass die Standorte der Longinushöfe das Mittel seien, diesem Umstand zu begegnen.

Mit Blick auf die derzeit 94 gemeindlichen Wohnungen ergänzt Herr Rutenbeck, dass dieser Sektor ebenfalls eine Steigerung erfahren habe und dieses gleichzeitig die Bemühungen der Gemeinde für anderweitigen Wohnraum belege.

Hinsichtlich der Zahl der Geflüchteten in Nottuln macht Herr Gellenbeck deutlich, wie schwierig es sei, anhand der unterschiedlichen Begriffsbestimmungen und aufgrund der stetigen Fluktuation und Dynamik eine über die Jahre vergleichbare Zahl zu ermitteln. Wenn Personen aus dem Leistungsbezug fallen, verliere sich in der Regel der Kontakt zum Sozialamt. Einwohnerrechtlich werde lediglich die Nationalität erfasst und nicht der Geflüchtetenstatus, sodass diesbezüglich keine Auswertung zu erhalten sei.

Das Land beispielsweise nenne aktuell die Zahl 530 für Nottuln, ohne hinterlegte Namen. Bei der Bezirksregierung Arnsberg seien die Aufnahmequoten hinterlegt.

Aus diesen Gründen könne die Zahl der tatsächlich in Nottuln wohnenden Geflüchteten nicht benannt werden.

Ohne Aussprache ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung und Soziales nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

6	Satzung über die Durchführung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende (Delegationsatzung) Vorlage: 014/2025
----------	---

Herr Rutenbeck berichtet, dass sich der Kreis Coesfeld zusammen mit den kreisangehörigen Kommunen mit dem Thema Neuorganisation der Jobcenter befasst und die Bürgermeisterkonferenz diesem zugestimmt habe.

Herr Kohaus erläutert, dass die Satzung über die Durchführung des Sozialgesetzbuches (SGB) Zweites Buch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende angepasst werde. Er weist darauf hin, dass die unter 25-jährigen zukünftig zentral vom Kreis Coesfeld betreut werden, wobei die Beratungssprechstunden weitestgehend vor Ort in Nottuln abgehalten würden. Bezüglich der Abrechnung von Personal- und Sachkosten seien darüber hinaus redaktionelle Feinheiten vorgenommen worden. Unter anderem sei der Fallzahlschlüssel geschärft worden. Die notwendige Stellenausweitung und Besetzung werde in der nächsten Woche im Haupt- und Finanzausschuss und später im Rat beraten.

Beschluss:

Die der Vorlage beigefügte Satzung nebst Eckpunktepapier werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

7 Verschiedenes

Kein Beratungsgegenstand

Arnd Rutenbeck
Vorsitzender

A

Michaela Faber
Schriftführerin